

Revisionismus und Verständigung

Gustav Stresemann und die deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert

Vortrag gehalten anlässlich des
80. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an Gustav
Stresemann, Aristide Briand und Austen Chamberlain
im Auswärtigen Amt Berlin
am 29. Juni 2007

von Andreas Rödder

I.

Oslo, Genf und Thoiry

„Lassen Sie mich, wenn ich heute die Ehre habe, vor Ihnen zu sprechen, beginnen mit dem Ausdruck des tiefgefühlten Dankes für die große Auszeichnung [...] und lassen Sie mich hinzufügen den Ausdruck desselben tiefgefühlten Dankes für die so herzliche Begrüßung, die Sie mir soeben zuteil werden ließen.“¹ Mit diesen Worten eröffnete Gustav Stresemann seine Rede in der Aula der Universität von Oslo am 29. Juni 1927, seine Dankesrede für den Friedens-Nobelpreis, der ihm, gemeinsam mit Aristide Briand, für das Jahr 1926 verliehen wurde. Im September dieses Jahres 1926 war das Deutsche Reich in den Völkerbund aufgenommen worden, knapp ein Jahr, nachdem Deutschland und Frankreich mit den Verträgen von Locarno den Status quo am Rhein anerkannt und das deutsch-französische Verhältnis, nach über neun Jahren der Gewaltanwendung zwischen 1914 und 1923, auf eine friedliche Basis gestellt hatten. Am Rande jener Völkerbundstagung, auf der Deutschland aufgenommen wurde, verließen Stresemann und Briand am Morgen des 17. September die Stadt Genf. Um die Presse abzuschütteln, bestieg Stresemann ein Motorboot, setzte an das jenseitige Ufer des Sees über, nahm dort ein Auto und gelangte nach einer knappen halben Stunde Fahrt zum etwa 16 km entfernten Treffpunkt in der französischen Ortschaft Thoiry. Dort, in einem kleinen Landgasthof, traf er Aristide Briand. Fast fünf Stunden sprachen

¹ Gustav Stresemann, Rede in der Aula der Universität Oslo, 29. Juni 1927, in: Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hg. von Henry Bernhard. Dritter Band. Berlin 1933, S. 460-473.

der deutsche und der französische Außenminister an diesem Nachmittag, und worüber sie sprachen, war sensationell: eine „Gesamtlösung aller Fragen, die zwischen Deutschland und Frankreich ständen“, wie Stresemann noch am selben Abend, unmittelbar nach der Besprechung notierte.²

Briand ging, glauben wir Stresemanns Niederschrift, gleich in die Vollen: keine Teillösungen, sondern die Rückgabe des Saargebietes und die „Aufhebung der gesamten Rheinlandbesetzung“, das war sein Angebot von französischer Seite – alles andere als wenig, war doch die Besetzung bzw. Räumung des Rheinlandes die „Kardinalfrage“³ im deutsch-französischen Verhältnis dieser Jahre. Was Briand dafür von deutscher Seite erwartete, war wirtschaftliche Unterstützung – denn diese Verhältnisse hatten sich bereits umgedreht: 1926 war das wirtschaftlich durch Kriegsfolgen, Reparationen, Ruhrkampf und Inflation so mächtig gedrückte Deutsche Reich dem Nachbarn im Westen schon wieder voraus, der seinerseits gerade in eine tiefe Krise geriet. Stresemann und Briand überlegten darüber, wie das Deutsche Reich Reparationszahlungen auf Vorschuss leisten könne, und auch erwogen sie, dass Deutschland die Saarkohlegruben vorzeitig von Frankreich zurückkaufen könne. Dafür bot Briand zusätzlich an, die Interalliierte Militärkontrolle aufzulösen und möglicherweise sogar einem deutschen Rückkauf von Eupen-Malmedy zuzustimmen, das nach dem Ersten Weltkrieg an Belgien gefallen war.

Was Briand und Stresemann an diesem Nachmittag des 17. September 1926 miteinander besprachen, war nichts anderes als ein sensationell großzügiger deutsch-französischer Ausgleich über die tiefen Gräben der vorhergehenden Jahre und Jahrzehnte hinweg. In Thoiry riss Stresemanns Verständigungspolitik ganz neue Perspektiven der deutsch-französischen Verständigung auf, hier erlebte sie ihren Höhepunkt – und stieß zugleich, wie sich zeigen sollte, schmerzvoll hart an ihre Grenzen.

Denn Stresemann und Briand hatten die Rechnung im Landgasthof von Thoiry ohne die Wirte in Berlin und in Paris gemacht. Schnell stellte sich heraus, dass die finanztechnischen Modalitäten, die sich Stresemann und Briand ausgedacht hatten, nicht

² Niederschrift Stresemanns vom 20. September aufgrund von „Notizen, die am 17. September, in unmittelbarem Anschluss an die Besprechung, gemacht worden sind“, in: Stresemann, Vermächtnis III (wie Anm. 1), S. 15-24. Zum Gespräch von Thoiry vgl. vor allem Christian Baechler, Gustave Stresemann (1878-1929). De l'imperialisme à la sécurité collective. Straßburg 1996, S. 687-695.

³ Marc Poulain, Zur Vorgeschichte der Thoiry-Gespräche vom 17. September 1926, in: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedenken, hrsg. von Hermann Graml und Wolfgang Benz. Stuttgart 1976, S. 87-120, hier S. 118.

praktikabel waren und dass sie auch britischen und vor allem amerikanischen Widerstand auf sich zogen. Vor allem Briand stieß in Paris auf erhebliche Widerstände. Öffentlich desavouierte Ministerpräsident Poincaré die Versuche Briands, Vertrauen gegenüber Deutschland zu bilden, indem er abermals „les responsabilités du gouvernement imperial dans la guerre“, die Verantwortung der Reichsregierung für den Krieg, und die Notwendigkeit der Entwaffnung des Reiches betonte.⁴ Vor diesem Hintergrund berichtete Briand der französischen Regierung über das Gespräch von Thoiry – so der Eindruck des deutschen Botschafters in Paris – „sagen wir, nur mit größter Vorsicht“.⁵

Briand zog sich im Folgenden von seinen Ideen zurück, die er dort im Landgasthof geäußert hatte. Und so verlief dieser weit ausgreifende Plan einer friedlichen, gegenseitig großzügigen „Gesamtlösung aller Fragen, die zwischen Deutschland und Frankreich ständen“, ergebnislos im Sande. Thoiry war, so formulierte es Erich Eyck, „zuerst eine Sensation, dann eine Hoffnung und zum Schluß eine Enttäuschung“.⁶ Die deutsch-französischen Regierungsbeziehungen erreichten bis nach dem Zweiten Weltkrieg nie mehr die Hochstimmung von Thoiry und Genf, wo Stresemann anlässlich der Aufnahme in den Völkerbund eine so begeisternde Rede gehalten hatte. Das Verhältnis war von da an mühsamer.

Briand war geschwächt. In Paris herrschte vielmehr die Haltung vor, nicht zu viel preiszugeben und dem Nachbarn im Osten nicht zu viele Konzessionen zu machen. Stresemann wiederum hatte sein Konzept, mit wirtschaftlicher Macht – „dem Einzigem“, wie er einmal formuliert hatte, „womit wir noch Großmacht sind“ – Politik zu machen⁷, nicht zum Erfolg bringen können. Seine strategische Gesamtkonzeption, mit wirtschaftlicher Stärke eine Revision des Versailler Vertrags zu fördern und Deutschland im Einvernehmen mit den europäischen Mächten wieder zu einer europäischen Großmacht zu machen, war zunächst, was die Ideen von Thoiry anging, an ihre Grenzen gekommen. Stattdessen wuchsen in Deutschland die Hoffnungen und Erwartungen, ja Ansprüche auf Revisionserfolge, die er zunehmend schwerer befriedigen oder zurückdrängen konnte.

⁴ Georges Suarez, Briand. Sa vie, son oeuvre avec son journal et des nombreux documents inédits. Bd. VI: L'artisan de la paix, Paris 1952, S. 228.

⁵ Leopold von Hoesch an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Schubert, 5. November 1926, Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie B, Bd. I,2, S. 431.

⁶ Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik. Zweiter Band, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1956, S. 100.

⁷ Gustav Stresemann, Rede vor dem Zentralvorstand der DVP, 22. November 1925, bearb. von Henry A. Turner jr., in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15 (1967), S. 434.

Thoiry war ein „Wetterleuchten“: es warf ein Schlaglicht auf die Verständigungspolitik Stresemanns und Briands und auf die deutsch-französischen Beziehungen in den zwanziger Jahren und in der Zwischenkriegszeit: ihre konstruktiven Lösungsmöglichkeiten ebenso wie ihre Grenzen, ihre Optionen ebenso wie ihre Illusionen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich heute nicht (nicht wieder) über die Frage sprechen, inwiefern Stresemann, wäre er nicht im Oktober 1929 gestorben, die Weimarer Republik hätte retten können. Ich möchte vielmehr über einen wesentlichen Bestandteil seiner Politik nachdenken: den Revisionismus, und ihn in die Geschichte der deutschen Außenpolitik im 20. Jahrhundert einordnen, im Hinblick vor allem auf das Verhältnis von nationalen Interessen und internationaler Integration.

II.

Revisionismus in der deutschen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts

Revision des Vertrages von Versailles war das Bewegungsgesetz der deutschen Außenpolitik in der Weimarer Republik. Konkret hieß dies zunächst, die Alleinschuld am Kriege abzustreifen, die der Vertrag mit Art. 231 dem Deutschen Reich angelastet hatte. Dieser Artikel begründete vor allem den Anspruch auf Reparationen, die zu reduzieren und möglichst abzuschaffen ein zentrales konkretes Ziel der Weimarer Revisionspolitik darstellte. Neben einzelnen weiteren Fragen wie der Revision der einseitigen deutschen Abrüstung, einem Rückgewinn von Eupen-Malmedy, möglicherweise auch der Kolonien und einer deutsch-österreichischen Annäherung bzw. dem Anschluss Deutsch-Österreichs, standen vor allem zwei weitere Gegenstände im Zentrum des deutschen Revisionismus: zum einen eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes von alliierter, d.h. nach 1925: von französischer Besatzung – dieses Ziel erreichte Stresemann 1929 im Zuge der Neuregelung der Reparationen –, und zum anderen, und vor allem, die Revision der deutsch-polnische Grenze. Er habe noch keinen Deutschen von Bedeutung getroffen, so schrieb der britische Botschafter in Berlin, der diese Grenze, wie der Versailler Vertrag sie gezogen hatte, als endgültig akzeptiere.⁸ Der Weimarer Außenpolitik in der Amtszeit Stresemanns ging es dabei

⁸ Sir Horace Rumbold an den Leiter des Central Department im Foreign Office, Sargent, 28. Februar 1930, Documents on British Foreign Policy (DBFP), Serie IA, Bd.VII, S. 487.

nicht darum, den Status quo von 1914 wiederherzustellen, sondern die vor 1919 mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete zurückzugewinnen – Danzig und den Korridor bis zur Netze, den überwiegend deutsch besiedelten westlichen Grenzstreifen in Mittelschlesien und in Posen sowie Ost-Oberschlesien, etwa die Hälfte des an Polen abgetretenen Territoriums.⁹ Stresemann wollte sich zu diesem Zweck nicht auf Teil- oder Zwischenlösungen einlassen, sondern er strebte eine Gesamtrevision an, wie er es 1926, angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten Polens, auch einmal, freilich vergeblich, versuchte. Bis eine solche Gesamtrevision wirklich realisierbar sei, verlegte sich die regierungsamtliche Außenpolitik in der Zeit Stresemanns ebenso wie seiner Nachfolger Curtius und auch Brüning darauf, aktiv zuzuwarten und an deutschen Forderungen so festzuhalten, wie Frankreich – so der Londoner Botschaftsrat Bernstorff – von 1870 bis 1914 an der Rückgabe Elsass-Lothringens festgehalten habe¹⁰. Einstweilen bemühte sich die deutsche Außenpolitik um „normal-korrekte Beziehungen“ mit Polen, aber mit klarer Maßgabe im Hinblick auf das „Haupterfordernis unserer Polenpolitik“, wie es der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher formulierte, der immerhin, als einer der wenigen im Diplomatischen Corps, der SPD angehörte: „Keine Ressentiments, sondern kühnlste Interessenpolitik.“¹¹

Dieser Revisionismus der Weimarer Republik, vor allem gegenüber Polen, wurde von der bundesdeutschen Geschichtsschreibung der siebziger und achtziger Jahre mit eher spitzen Fingern angefasst. Solcher Revisionismus galt – etwas pointiert formuliert – als umgekehrt proportional zu Verständigung. Anders formuliert: je mehr (positiv bewertete) Verständigung, desto weniger (negativ bewerteter) Revisionismus.

Hintergrund dessen war die Entwicklung des bundesdeutschen Revisionismus. Denn auch die Bundesrepublik war, von ihrem Anfang an, ein revisionistischer Staat im Staatensystem. Ihr Revisionismus zielte zum einen auf die „unter polnische Verwaltung gestellten“ deutschen Ostgebiete und zum anderen auf eine Wiedervereinigung mit der DDR. Während die Ostgebiete, in der operativen Politik und auch hinsichtlich der konkreten Ziele und Erwartungen, schon in der Ära Adenauer deutlich zurücktraten,

⁹ Vgl. dazu Stresemann an die Botschaft London, 19. April 1926, ADAP Serie B, Bd. II, 1, S. 363-376, sowie die Karte im Anhang des Bandes. Zum Weimarer Revisionismus vgl. auch Andreas Hillgruber, „Revisionismus“ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 237 (1983), S. 597-621.

¹⁰ Bernstorff an den Ministerialdirektor der Abt. IV des AA, Trautmann, 8. Dezember 1930, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 32.

¹¹ Rauscher an den Staatssekretär des AA, Bülow, 13. August 1930, ADAP, Serie B, Bd. XV, S. 450.

rangierten Wiedervereinigungs- und Alleinvertretungsanspruch auf der Prioritätenskala der amtlichen bundesdeutschen Außenpolitik ganz oben.

Mit dieser Prioritätensetzung war Bonn freilich Mitte der sechziger Jahre „trotz 16jähriger konsequenter Verfolgung dieser Politik dem eigentlichen Ziel, der Wiedervereinigung, nicht näher gekommen“, wie Staatssekretär Carstens im Oktober 1966 in schonungsloser Nüchternheit bilanzierte. Angesichts des weltpolitischen Vorzeichenwandels vom Kalten Krieg hin zur Entspannungspolitik führte diese Politik vielmehr, so Carstens weiter, „in eine zunehmende Isolierung“ und „behindert unsere außenpolitische Bewegungsfreiheit“¹².

Es war die Außenpolitik der sozial-liberalen Koalition, die dann diese Anpassungsleistung an die veränderte weltpolitische Gesamtlage vornahm, Entspannung gegenüber Moskau und den Staaten des Ostblocks suchte und den Status quo vorderhand anerkannte. Dabei ging es, wie Egon Bahr die Grundlagen dieser Politik bezeichnete, um die „Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll.“¹³ Das klang nicht nur paradox, wie Bahr selbst einräumte, es beschrieb auch eine tatsächliche Divergenz zwischen Zielen und Methoden. Und in der Tat verselbständigte sich die Methode in der Folgezeit und ging schrittweise in eine Politik des Status quo über.

In den achtziger Jahren proklamierte Helmut Kohl zwar verstärkt die normative Distanz zur DDR und die Offenheit der deutschen Frage. Zugleich aber nahm die Bundesrepublik, wie Andreas Wirsching sein großes Buch über die achtziger Jahre betitelt hat, „Abschied vom Provisorium“¹⁴ und richtete sich zunehmend im prosperierenden westlichen „Modell Deutschland“¹⁵ ein. Revisionismus wirkte in diesem Zusammenhang eher störend.

Die Ereignisse von 1989/90 haben diese Perspektive verändert. Der bundesdeutsche Revisionismus hat sich erfüllt: ein wiedervereinigtes Deutschland als uneingeschränktes Mitglied der NATO – eine solche Wiedervereinigung zu westlichen

¹² Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, 17. Oktober 1966, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966, Bd. II, S. 1378 und 1381.

¹³ Egon Bahr, Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing, 15. Juli 1963, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reihe IV, Bd. 9, S. 572.

¹⁴ Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982-1990. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 2006.

¹⁵ Vgl. dazu Thomas Hertfelder/ Andreas Rödder (Hg.), Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion? Göttingen 2007.

Maximalkonditionen übertraf alle bundesdeutschen Erwartungen selbst der Frühzeit, und obendrein geschah dies auf rein friedlichem Wege. Diese Entwicklung wirft ein anderes Licht auf den deutschen Revisionismus und auch auf den Revisionismus von Weimar. Sie hat Revisionismus mit friedlichen Mitteln als legitime Interessenpolitik rehabilitiert.

Wann aber ist Revisionismus „legitim“? Und was überhaupt ist „Legitimität“ in einer grundsätzlich anarchischen Staatenwelt, in der, trotz aller rechtlichen Einhebungsversuche, letztlich nach wie vor das Recht des Stärkeren gilt? Im Völkerrecht und in der internationalen Politik ist „Legitimität“ kein eindeutig eingeführter und erst recht kein verbindlicher Begriff.¹⁶ Weiterhelfen aber kann uns Henry Kissinger, jener kühle Realpolitiker, allerdings in seiner Eigenschaft als Historiker, als Historiker der Staatenwelt des Wiener Kongresses: Sein Verständnis von Legitimität zielt dabei nicht auf einen Zustand der Gerechtigkeit, sondern auf einen Zustand der Stabilität, der grundsätzlichen Stabilität der Staatenordnung und ihrer Aufrechterhaltung an sich. Einzelne Konflikte, akzidentielle Veränderungen und ein friedlicher Wandel der Staatenordnung sind durch ein solches Verständnis von Legitimität nicht ausgeschlossen, wohl aber die grundsätzliche Infragestellung der bestehenden Ordnung.¹⁷

Es ist kein Zufall, dass Kissinger dieses Verständnis von „Legitimität“ an der Staatenordnung des Wiener Kongresses gewonnen hat, jener Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen, nach einem beinahe zweieinhalb Jahrzehnte währenden europäischen Kriegszustand. Denn hinter dieser Frage nach Legitimität und Stabilität steht die Grundsatzfrage der Staatenbeziehungen, der Außenpolitik, der deutschen und der europäischen Geschichte im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert: die Frage nach Krieg und Frieden. Und wie die Geschichte von Napoleon bis Hitler zeigt, sind substantielle Veränderungen der Staatenordnung zumeist mit Krieg verbunden, der in der Moderne obendrein, entfesselt zum „totalen Krieg“, immer weniger einzuhegen ist. Umgekehrt aber geht der Frieden, auch dies die historische Erfahrung Metternichs, des

¹⁶ In Wichard Woyke (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik. 9. Aufl. Wiesbaden 2004, kommt der Begriff „Legitimität“ gar nicht vor, in Otto Kimminich/ Stephan Hobe, Einführung in das Völkerrecht. 7. Aufl. Tübingen/ Basel 2000, S. 46, nur im historischen Zusammenhang der Staatenordnung des Wiener Kongresses. Auch Raymond Aron, Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt. ND Frankfurt a.M. 1986 [zuerst 1962], S. 855f., bezieht den Begriff „Legitimität“ vor allem auf innere bzw. verfassungspolitische Verhältnisse, ebenso das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. 7. Aufl., Dritter Band, Sp. 874-878.

¹⁷ Henry Kissinger, Großmacht Diplomatie. Frankfurt a.M. 1962, S. 7f. Der Begriff der Legitimität wird hier auf die Staatenordnung an sich angewendet, lässt sich aber ebenso auf nationale Politiken beziehen.

späten Bismarck und auch des Kalten Krieges, dort zumal unter der atomaren Bedrohung, geht der Frieden in der Regel mit der grundsätzlichen Wahrung der Ordnung, mit Stabilität einher. Eine Ausnahme davon stellt die Revolution der Staatenordnung am Ende des Kalten Krieges dar – aber auch dieser Prozess der Veränderung bewegte sich auf des Messers Schneide zur Entladung von Gewalt. Selbst der 1989/90 so sehr auf Veränderung setzende George Bush sr. wußte: „der Feind ist die mangelnde Stabilität.“¹⁸

Zurück zur Legitimität: diesem Verständnis zufolge ist die Legitimität des Revisionismus daran gebunden, dass er vereinbar ist mit der internationalen Stabilität, mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Staatenordnung an sich. Dies führt uns zu unserer nächsten Überlegung:

III.

Nationale Interessen und internationale Integration

Nicht Revisionismus *oder* Verständigung lautet demzufolge die Kardinalfrage der Außenpolitik Stresemanns. Sie richtet sich vielmehr auf das Verhältnis von Revisionismus *und* Verständigung. Das ist, wie Peter Krüger in seinen grundlegenden Studien herausgearbeitet hat, in erheblichem Maße eine Frage der Methoden. Und dies beginnt bei den Grundregeln der Kommunikation, die für Diplomatie bekanntermaßen von besonderer Bedeutung ist, und dahinter steht ein besonderer deutscher Problemfall. „Die Kunst der dankbaren Anerkennung, die man mit dem Hintergedanken der Förderung künftiger Vorteile zum Ausdruck bringt, ist den Deutschen fremd“ – so notierte der britische Botschafter in Berlin, Lord d’Abernon, im November 1925 in sein Tagebuch. Und weiter: „Sobald ihnen irgend etwas gewährt wird, stellen sie nicht nur weitere Forderungen, sondern versuchen, das ihnen einmal Gegebene als eine höchst unvollkommene Erfüllung ihrer unbestreitbaren Rechtsansprüche darzustellen.“¹⁹

Stresemann selbst formulierte dies in einer Rede über die Locarno-Politik 1925: „Ich habe die Empfindung, daß wir Deutsche zu wenig oder kein Verständnis haben für das,

¹⁸ Pressekonferenz Bushs am 25. Februar 1990, nach: Karl Kaiser (Hrsg.), Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach 1991, S. 202.

¹⁹ Tagbucheintrag vom 18. November 1925, in: Viscount d’Abernon, Memoiren. Bd. III: Locarno (1924-1926), übers. von Antonina Vallentin, Leipzig o.J., S. 244 (engl. Original: An Ambassador of Peace. Lord D’Abernon’s Diary, Bd. III: The Years of Recovery, January 1924 - October 1926. London 1930, S. 207f.).

was der Franzose die schöne Geste nennt. Das ist uns überhaupt nicht eigen, und das schadet uns außenpolitisch ganz ungemein. Wir können nicht höflich und liebenswürdig sein, ohne im eigenen Volk sofort angegrobt zu werden. Wir können nicht Weltpolitik treiben mit der Idee: es soll sich keiner mit den Kerlen irgendwie zusammensetzen.“²⁰

Es hatte einige Tradition, dass Konzilianz und Entgegenkommen in Deutschland als Schlappeheit diskreditiert wurden, und es entsprach einer in Deutschland verbreiteten Kultur der Unbedingtheit. Ob wahr oder gut erfunden, jedenfalls treffend ist die Anekdote über Wilhelm Furtwängler und Otto Klemperer auf einer gemeinsam Wanderung, als Klemperer gesagt haben soll, er schätze Bachs h-moll-Messe höher als Beethovens Missa Solemnis. Wenn dies so sei, so Furtwänglers Entgegnung, dann könne er mit ihm nicht länger gemeinsam wandern.

Von deutscher Unbedingtheit, von einem verbreiteten kompromisslosen, konfrontativen Revisionismus hob sich Stresemann durch Realitätssinn und Kompromissbereitschaft ab. Er tat, jedenfalls nach dem Ersten Weltkrieg, was nur wenige taten: er bezog die Perspektive des Anderen, des Gegenüber in seine Gedankenbildung und Meinungsfindung ein, und das bedeutete im Hinblick auf die Zentralfragen der Außenpolitik in den zwanziger Jahren: er bezog das französische Streben nach Sicherheit mit ein. Er verfolgte nationale, revisionistische Interessen in Verbindung mit internationaler Integration und Kompatibilität – oder mit Kissinger: er verband Revisionspolitik mit grundsätzlicher Akzeptanz der Ordnung und ihrer Stabilität und betrieb Revisionspolitik somit als legitime Interessenpolitik.

Die entscheidende Frage war (und ist) nur: was, wenn nationale Interessen und Anforderungen der Staatenordnung, wenn Revisionspolitik und Stabilität doch divergierten und sich nicht vereinbaren ließen? Würden dann die nationalen Interessen an die internationalen Anforderungen angepasst, das heißt: ihnen untergeordnet? Oder umgekehrt: würden die nationalen Interessen dem internationalen System aufgezwungen? Dies ist zunächst eine Frage der Machtressourcen, wie auch immer Macht im Einzelnen beschaffen sein mag – jedenfalls beschreibt sie, mit Max Weber, die Möglichkeit, den eigenen Willen auch gegen den Willen anderer durchzusetzen.

Der Bundesrepublik als Mittelmacht im Staatensystem des Ost-West-Konflikts – auf die Weimarer Republik komme ich gleich zurück – blieb nur Anpassung. Denn nur in

²⁰ Stresemann, Rede vor dem Zentralvorstand der DVP, 22. November 1925 (wie Anm. 7), S. 426.

Übereinstimmung mit dem westlichen Bündnis und den vorwaltenden Tendenzen des Staatensystems war sie außenpolitisch handlungsfähig.

Dies galt für alle großen Felder und Entscheidungen der bundesdeutschen Außenpolitik: es galt für Adenauers Politik der Westbindung, während die Außenpolitik der fünfziger Jahre mit ihrem Primat der Deutschlandpolitik in dem Moment an ihre Grenzen stieß, da diese Politik mit der vorwaltenden internationalen Tendenz des Ost-West-Konflikts, der Entspannung, nicht mehr kompatibel war.

Dies gilt ganz wesentlich auch für die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition. Sie war in erster Linie eine „aktive Anpassung der deutschen Politik an die Détente, die Haupttendenz der internationalen Politik“, wie Werner Link treffend formuliert hat²¹. Die Ostpolitik eröffnete Bonn neue Handlungsspielräume – und stieß an harte Grenzen, insofern Elemente der Konzeption Egon Bahrs darüber hinausgingen: Vorstellungen eines neuen mitteleuropäischen Sicherheitssystems oder einer Konvergenz der westlichen und östlichen Systeme in einem „demokratischen Sozialismus“, mochten sie auch langfristig angelegt und nicht konkret handlungsleitend sein.

Dass die amerikanische Politik solche Ziele und ebensowenig deutsche Alleingänge dulden würde, ließ sie Bonn alsbald in aller Deutlichkeit spüren. Als die DDR 1974, entgegen dem deutsch-deutschen Transitabkommen, den Transitverkehr massiv behinderte, mußte Brandt den US-Präsidenten offiziell bitten, dass Washington doch auf die Sowjetunion einwirke, damit die DDR den Transitverkehr reibungslos ablaufen lasse. Die machtpolitische Lektion war eindeutig: an der Grenze des Einvernehmens mit den westlichen Bündnispartnern endeten die westdeutschen Handlungsspielräume. „Eines will ich Ihnen sagen“, so soll Kissinger den Staatssekretär im Auswärtigen Amt beschieden haben, „wenn schon Entspannungspolitik mit der Sowjetunion gemacht werden soll, dann machen *wir* sie!“²²

Schließlich die Frage der Wiedervereinigung: Anpassung an die weltpolitische Generaltendenz der Entspannung und der Anerkennung des Status quo hieß, konkrete Ansprüche zurückzustellen. Eine Wiedervereinigung war bis 1989 mit der internationalen Ordnung nicht kompatibel und hätte als Gegenstand operativer Politik die Stabilität und letztlich den Frieden gefährdet, wäre, abermals in Kissingers Diktion, demzufolge auch keine legitime Revisionspolitik gewesen. „Die Bundesrepublik hat

²¹ Werner Link, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 295-315, hier 313.

²² Paul Frank, Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur. Stuttgart 1981, S. 287.

ihren Rubikon überschritten“, so kommentierte Henry Kissinger die Osterverträge daher auch befriedigt: „Sie hat die Teilung Deutschlands akzeptiert und den Status quo in Europa besiegelt“²³.

Wenn die Bundesrepublik gezwungen war, ihre nationalen, auf die Einheit der Nation bezogenen revisionistischen Interessen zurückzustellen, dann blieb ihr nur, sich mit dem Status quo zu arrangieren, einen *modus vivendi* zu finden, Rechtspositionen und Rechtsansprüche zu wahren, blieb ihr nur die Hoffnung auf den Faktor Zeit und auf andere Zeiten, wie vage und unabsehbar eine solche Perspektive auch sein mochte. Schließlich war es eine ebensolche unvorhersehbare Veränderung der internationalen Konstellation, jene gar nicht zu kalkulierende „Revolution der Staatenwelt“²⁴, die Gorbatschow, ohne es zu ahnen und wider seine Absichten, mit seiner Reformpolitik in Gang setzte, jene unvorhersehbare Wendung, die eine deutsche Wiedervereinigung und somit die Erfüllung des bundesdeutschen Revisionismus möglich machte. Die Bundesrepublik hatte die Zeit und auch keine andere Wahl, die Zeitläufte abzuwarten – die freilich auch ganz anders hätten kommen können.

Diese Zeit hatte Stresemann nicht. Zudem war die Lage der Weimarer Republik insofern eine andere, als die Machtposition des Deutschen Reiches im europäischen Staatensystem der Zwischenkriegszeit – trotz aller Einschränkungen durch den Versailler Vertrag – grundsätzlich wesentlich stärker war als diejenige der Bundesrepublik in der globalen Ordnung des Ost-West-Konflikts. Hier lag ein erhebliches Problem. Mit der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes von französischer Besatzung nämlich – 1929 vereinbart, 1930 vollzogen –, Stresemanns letztem großem revisionspolitischem Erfolg, war die französische Konzessionsbereitschaft und Konzessionsmasse, was deutsche Revisionsziele betraf, einstweilen erschöpft.

Nun aber tat sich der bereits angesprochene Strukturkonflikt nach der Vereinbarkeit von Revision und Stabilität auf – und überhaupt stellte sich ganz grundsätzlich die Frage: wäre ein saturiertes Deutschland, dessen Revisionsansprüche erfüllt worden wären, mit der europäischen Staatenordnung kompatibel gewesen? Darüber haben die Zeitgenossen, auch im Auswärtigen Amt, wenig nachgedacht – jedenfalls war eine solche Perspektive nicht eben verbreitet.²⁵ Aber es war doch die zentrale offene Frage,

²³ Henry Kissinger, *White House Years*. Boston 1979, S. 533.

²⁴ Klaus Hildebrand, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 45 (1994), S. 611-625, hier 625.

²⁵ Vgl. Hillgruber, „Revisionismus“ (wie Anm. 9), S. 620f.

auch für die Potentiale und die Perspektiven der Politik Stresemanns. Wie er sich konkret 1930 und in den Folgejahren verhalten hätte, ist eine legitime kontrafaktische Frage, doch führt sie schnell in unproduktive Spekulation. Der Tendenz nach aber ist anzunehmen, dass Stresemann im Falle unüberbrückbarer Interessendifferenzen, auch wenn die Machtmittel verfügbar gewesen wären, weiter auf eine international kompatible Lösung gesetzt hätte, statt die Staatenordnung deutschen Interessen allein zu opfern – dass er, noch einmal im Sinne Kissingers, einem legitimen Revisionismus verpflichtet geblieben wäre²⁶. In einer solchen Haltung, die nach Vereinbarung von nationalen Interessen und internationaler Integration strebte, liegt die weiterwirkende Bedeutung Stresemanns, freilich auch in ihren Grenzen.

IV.

Grenzen

Von den Grenzen der Politik Stresemanns ebenso wie der bundesdeutschen Außenpolitik war bereits die Rede. Sie liegen in erheblichem Maße begründet in jenen spannungsvollen Wechselverhältnissen von Zielen und Methoden, von Interessen und Integration und auf anderer Ebene auch: von Macht und Moral. „Durchgehend sind es zwei Prinzipien, die in der äußeren Politik der Staaten ebenso wie in ihren internationalen Beziehungen anzutreffen sind, [...] nämlich der säkulare und der religiöse, der machtpolitische und der moralische, der pragmatische und der weltanschauliche Grundsatz.“²⁷ Beide Prinzipien schließen sich historisch-politisch keineswegs aus. Im Gegenteil: führen doch pure Interessen ohne richtungsweisende Ideale in zynische Machtpolitik. Pure Ideale ohne interessenpolitisches Fundament hingegen drohen in Fanatismus, gar kompromißlosem Furor zu enden. So mischen sich in der Regel weltanschauliche und pragmatische Grundsätze, und es kommt auf ihr spezifisches Verhältnis an. Zugleich kommt es immer wieder vor, dass eines der beiden Elemente Dominanz gewinnt – und ebendann schnell an Grenzen stößt.

²⁶ Vgl. dazu auch Jonathan Wright, *Gustav Stresemann. Weimar's Greatest Statesman*. Oxford 2002., S. 508-514.

²⁷ Klaus Hildebrand, *Von Richelieu bis Kissinger. Die Herausforderung der Macht und die Antwort der Staatskunst*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 195-219, hier 198.

Dies gilt auch für die integrationsorientierten bzw. idealistischen Elemente. In Thoiry haben wir gesehen, wie eine verselbständigte Verständigung – das Gegenteil im übrigen von Stresemanns extremem Vorkriegs-Nationalismus – an ihre Grenzen stieß. Dasselbe widerfuhr Egon Bahr und der sozialliberalen Ostpolitik mit Bahrs weltanschaulichen Elementen, als sie die Verbindung mit der amerikanischen Realpolitik verloren. Nicht weniger gilt es für Helmut Kohls Europapolitik, die zwar kein Gegenstand von Revisionismus war, über den wir bislang gesprochen haben, wohl aber der Veränderung: dabei war es die forcierte und zunehmend von den nationalen Gesellschaften entkoppelte Einigungspolitik der neunziger Jahre, europäische Integration *à tout prix*, die nicht zuletzt gerade deshalb im frühen 21. Jahrhundert ihre Rückschläge erlitt, in Frankreich und den Niederlanden durch das Volk und ebenso auf der Ebene der Regierungen. Und schließlich gilt es für das außenpolitische Ideal des „good governance“ als Leitidee grüner Außenpolitik, die sich schnell und hart an den Realitäten und Erfordernissen der deutsch-russischen Beziehungen stieß.

Wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen Politik hingegen sind – so banal wie grundlegend, aber die entscheidenden Dinge sind ja aller Erfahrung nach meistens (wieder) einfach – Maß und Mitte, jene Kardinaltugend in der Tradition des Aristoteles, im Hinblick auf Interessen und Integration.

V.

Bilanz

Dies führt uns zur Bilanz, im Zeichen der Balance als dem Maß der Dinge: der Balance zwischen nationalen Interessen und internationaler Integration, zwischen Realpolitik und Idealen, zwischen Macht und Moral, und auch: zwischen Veränderung und Stabilität.

So leicht dies gesagt ist, so haben Stresemann, Adenauer, Brandt, Kohl und Genscher allesamt die Schwierigkeiten dieses Balanceaktes erlebt. Alles in allem aber war es ebenjene Mischung, mit der Westbindung und Ostpolitik und schließlich auch die Wiedervereinigung Deutschlands zum Erfolg kamen.

Und es gilt auch für die Einigung Europas – einen Gegenstand nicht von Revisionismus, über den wir hier gesprochen haben, wohl aber der internationalen Veränderung. Es war nicht allein jenes Ideal der Selbstzivilisierung Europas, die das Projekt der europäischen

Integration nach 1945 und verstärkt noch einmal nach 1985 sowie nach 1989/90 ins Werk gesetzt hätte. Europa wurde, so bringt es der amerikanische Historiker Tony Judt in seinem Buch über die Nachkriegszeit auf den Punkt, „nicht aus einem optimistischen, ambitionierten und zukunftsweisenden Projekt geboren, wie es sich Euro-Idealisten von heute in verklärter Rückschau vorstellen“.²⁸ Mindestens ebenso und eher mehr noch waren es durchgehend ganz unterschiedliche und auch gegensätzliche, harte nationale Interessen, die in jenem Projekt einer europäischen Einigung zusammenflossen. Und die Bedeutung der europäischen Einigung liegt gerade in der Integration dieser ganz unterschiedlichen, harten nationalen Interessen. In dieser Hinsicht lässt sich auch eine Traditionslinie zwischen Stresemann und Briand einerseits und der europäischen Integration andererseits ziehen, ohne dass Stresemann und Briand freilich im Konkreten als deren Ahnherren anzusehen wären – dafür waren die politischen Rahmenbedingungen nach den beiden Weltkriegen zu unterschiedlich, und dafür waren auch Stresemanns Reserven gegenüber europäischen Einigungsbestrebungen der Zwischenkriegszeit zu groß.

Wofür Stresemann als Außenminister und Weimarer Politiker in der deutschen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts steht, das ist eine Tradition, die Abschied nahm von jenem Zug zum Unbedingten, wie er schon den Nationalliberalen vor der Reichsgründung²⁹, anders dem Wilhelminismus und wieder anders Hitler zu eigen war, die weder rücksichtslos nationale Interessen verfolgte noch einem unrealistischen Idealismus verfiel, sondern die Revision und Verständigung, nationale Interessen und internationale Integration, Veränderung und Stabilität in Einklang zu bringen versuchte – und die sich letztlich als die erfolgreiche Tradition deutscher Außenpolitik herausstellte, auch wenn Stresemann selbst die lebenswichtige Voraussetzung dafür versagt blieb: Zeit.

Für diese Politik hat Gustav Stresemann heute vor achtzig Jahren den Friedensnobelpreis erhalten. Und daher gedenken wir seiner achtziger Jahre später, nicht bloß museal, sondern ganz aktuell, mit Blick auch auf unsere Zeit, und mit gutem Grund.

²⁸ Tony Judt, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*. Frankfurt a.M. 2006, S. 21.

²⁹ Vgl. dazu Harald Biermann, *Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung*. Düsseldorf 2006.

Der Autor:

Andreas Rödder, geb. 1967 in Wissen (Sieg), studierte Geschichte und Germanistik in Bonn und Tübingen, wurde 1995 in Bonn promoviert und habilitierte sich 2001 in Stuttgart. Dort war er Wissenschaftlicher Assistent und Hochschuldozent, zudem 2001/02 Stipendiat am Historischen Kolleg in München und 2004 Gastprofessor an der Brandeis University Boston. 2005 übernahm er den Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Seine Hauptarbeitsgebiete sind das viktorianische England und der Konservatismus im 19. Jahrhundert, die internationalen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, die Geschichte der Bundesrepublik im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts und insbesondere die deutsche Wiedervereinigung sowie Werte und Wertewandel im 20. Jahrhundert.

wichtigste Veröffentlichungen:

- Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929-1931, Paderborn 1996 (zugleich Diss. Bonn 1994)
- Die radikale Herausforderung. Die politische Kultur der englischen Konservativen zwischen ländlicher Tradition und industrieller Moderne 1846-1868, München 2002 (zugleich Habil.schrift Stuttgart 2000)
- Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990 (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 19a), München 2003
- Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland 1965-1990, Stiftung-Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Kleine Reihe, Heft 12. Stuttgart 2004
- Der Mythos von der frühen Westbindung. Konrad Adenauer und Stresemanns Außenpolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), S. 543-573
- Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brüning's Memoiren und seine Kanzlerschaft, in: Historische Zeitschrift 265 (1997), S. 77-116
- Das ‚Modell Deutschland‘ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), S. 345-363
- Klio's neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: Historische Zeitschrift 283 (2006), S. 657-688